

Interpellation Kündig-Rapperswil-Jona (18 Mitunterzeichnende) vom 19. Februar 2018

Aufarbeitung fürsorgerische Zwangsmassnahmen und Solidaritätsbeiträge an die Betroffenen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 15. Mai 2018

Silvia Kündig-Rapperswil-Jona erkundigt sich in ihrer Interpellation vom 19. Februar 2018 nach dem Umgang mit Gesuchen von Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen um einen Solidaritätsbeitrag im Kanton und nach aktuellen und geplanten Aufarbeitungsprojekten zu diesem Thema.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Aufgrund von Art. 14 des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen (SR 211.223.13; abgekürzt AFZFG) sind die Kantone verpflichtet, eine Anlaufstelle für die Betroffenen zu benennen. Im Kanton St.Gallen ist dafür die Stiftung Opferhilfe SG-AI-AR zuständig. Die Anlaufstellen beraten und unterstützen Betroffene bei der Einreichung eines Gesuchs um Gewährung des Solidaritätsbeitrags. Die Gesuche konnten gemäss Art. 5 AFZFG bis zum 31. März 2018 eingereicht werden, die Frist ist somit abgelaufen.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Stiftung Opferhilfe hat, seit das AFZFG in Kraft ist, im Rahmen ihrer Vernetzungsarbeit Institutionen und Fachpersonen (Pro Senectute, Spitex usw.) aktiv darüber informiert, welche Personen Anspruch auf einen Solidaritätsbeitrag haben und welches die Voraussetzungen dafür sind. Zudem wurde aufgezeigt, wie die Opferhilfe Betroffene bei der Gesuchstellung unterstützt. Der Kanton informierte die Öffentlichkeit mittels Medienmitteilungen über die Bezeichnung der Anlaufstelle und die Möglichkeit zur Einreichung der Gesuche. Lokale Radio- und TV-Stationen sowie Zeitungen nahmen das Thema auf und informierten über die Solidaritätsbeiträge und die Unterstützungsmöglichkeiten durch die Opferhilfe. Auch in verschiedenen nationalen Medien wurden das Thema und der Anspruch auf Beiträge in den letzten Monaten ausführlich behandelt.
2. Mit der professionellen Beratungs- und Unterstützungsarbeit durch die Opferhilfe kann sichergestellt werden, dass Betroffene richtig informiert sind, Missverständnisse ausgeräumt werden und die Personen gezielt unterstützt werden. Die Opferhilfe hat 471 Personen in Zusammenhang mit der Gesuchstellung um einen Solidaritätsbeitrag beraten, 421 Personen haben beim Bundesamt für Justiz (BJ) ein Gesuch eingereicht. Nicht alle beratenen Personen haben ihren Wohnsitz in den Kantonen St.Gallen, Appenzell Ausserrhoden oder Appenzell Innerrhoden. Einige Betroffene meldeten sich direkt beim Staatsarchiv, um Dokumente für das Einreichen des Beitragsgesuchs ausfindig zu machen. Die Opferhilfe arbeitet auch nach dem 31. März 2018 weiterhin als Anlaufstelle für Betroffene. Die Gesuchsbearbeitung beim Bundesamt für Justiz wird voraussichtlich erst Ende 2020 abgeschlossen sein. Bis zu diesem Zeitpunkt werden sich Personen, die ein Gesuch gestellt haben oder deren Gesuch abgelehnt wurde, weiterhin mit Fragen an die Opferhilfe wenden können. Zudem ist es wichtig, dass auch Personen, die kein Gesuch gestellt haben, weiterhin die Möglichkeit haben, an die Anlaufstelle zu gelangen.

3. Eine Übersicht über die von der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) untersuchten Quellen findet sich auf deren Webseite¹. Eine Liste aller Unterbringungsorte von Betroffenen fürsorglicher Zwangsmassnahmen im Kanton St.Gallen gibt es nicht. Im Staatsarchiv des Kantons St.Gallen wurden dank eines grösseren Aktensicherungsprojekts aber bisher Unterlagen aus folgenden Heimen und Institutionen gesichert. In Klammern finden sich die Angaben zum Zeitraum der vorhandenen Akten:
- Jugendheim Platanenhof, Oberuzwil (1894–2011; Jugendlichendossiers vor 1950);
 - Mädchenerziehungsanstalt Zum Guten Hirten, Altstätten (1946–1984);
 - Mädchenerziehungsanstalt Burg, Rebstein (1949–1977);
 - Stiftung Schulheim Hochsteig, Lichtensteig (1851–2015);
 - Evangelisches Kinder- und Jugendheim Bild, Altstätten (1798–ca. 2012);
 - Sonderschulinternat Hemberg, Hemberg (ca. 1950–ca. 2008);
 - Stiftung Kronbühl (früher: Gebrechlichenheim Kronbühl), Wittenbach (1931–2017);
 - Kinderheim Andwiler, Thal (1943–1991);
 - Kinder- und Jugendhilfe St.Gallen (früher: Seraphisches Liebeswerk St.Gallen), St.Gallen (einschliesslich Unterlagen zur Beobachtungsstation Oberzil, St.Gallen) (ca. 1930 bis ca. 2000).

Dokumentenablieferungen zu weiteren Institutionen ans Staatsarchiv sind in Planung. Das St.Galler Stadtarchiv verfolgt in Absprache mit dem Staatsarchiv ein eigenes Aktensicherungsprojekt für Kinderheime auf Stadtgebiet. Grundsätzlich ist die Quellenlage zu den einzelnen Heimen sehr unterschiedlich. Auch in denjenigen Fällen, in denen Akten im Staatsarchiv gesichert werden konnten, reicht das Spektrum der Dokumentenmenge von lediglich einer Serie Karteikarten bis hin zu einem vollständigen Archiv mit Unterlagen zur Organisation eines Heims seit seiner Gründung und zugehörigen Klientendossiers. Oft ist aber auch in diesen Fällen die Überlieferung nur für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts einigermaßen vollständig, Informationen zur Zeit vor 1950 sind im allgemeinen eher dürftig. Bei einigen grösseren, heute noch bestehenden Institutionen befinden sich die historischen Unterlagen oder ein Teil davon immer noch vor Ort und können dort eingesehen werden. Insbesondere bei den vielen privat geführten, kleineren Kinderheimen ist hingegen davon auszugehen, dass keine Unterlagen mehr vorhanden sind. Schlecht ist die Aktenlage in der Regel auch bei den von Gemeinden geführten, örtlichen Kinderheimen.

4. Folgende Forschungsprojekte mit Bezug zum Kanton St.Gallen wurden teilweise oder ganz von Kanton initiiert oder sind durch die Unterstützung des Staatsarchivs entstanden:
- Im Auftrag des Staatsarchivs St.Gallen und finanziell unterstützt durch einen Lotteriefondsbeitrag erarbeitete die Historikerin Sybille Knecht im Jahr 2015 den Bericht «Zwangsversorgungen: Administrative Anstaltseinweisungen im Kanton St.Gallen 1872–1971». Es handelt sich dabei um die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte und Aktenlage zum Thema fürsorgliche Zwangsmassnahmen, die der Kanton im angegebenen Zeitraum verfügt hatte. Schwerpunktmässig untersucht wurde dabei insbesondere die Zwangsarbeitsanstalt Bitzi in Mosnang (heute: Massnahmenzentrum Bitzi).
 - Unter der Leitung von Prof.Dr. Lukas Gschwend, Universität St.Gallen, verfasste die Rechtshistorikerin Nicole Gönitzer ihre Masterarbeit zum Thema «Die administrative Versorgung im Kanton St.Gallen nach 1872» (erschieden 2014). Dieselbe Autorin arbeitet gegenwärtig an ihrer Dissertation mit dem Titel «Die Entwicklung des Verwaltungsverfahrens in den Ostschweizer Kantonen am Beispiel der Administrativen Versorgung».
 - Wesentlich auf Quellen der Sprachheilschule St.Gallen, die im Staatsarchiv St.Gallen gesichert sind, beruht die Studie «Verbot der Gebärdensprache in der Schweiz» von Rebecca Hesse und Martin Lengwiler (erschieden 2017).

¹ Siehe www.uek-administrative-versorgungen.ch → Quellen.

- Das kantonale Jugendheim Platanenhof Oberuzwil veröffentlicht zu seinem 125-jährigen Jubiläum im Jahr 2019 eine Geschichte der Institution.
- Von der Institution selber initiiert soll auch die Geschichte der Kinder- und Jugendhilfe St.Gallen (früher: Seraphisches Liebeswerk) erarbeitet werden.

Das Staatsarchiv ist mit weiteren interessierten Fachleuten im Gespräch.

5. Neben den Untersuchungen der UEK werden auch im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 76 «Fürsorge und Zwang – Geschichte, Gegenwart und Zukunft» Erkenntnisse zur Praxis der Sozial- und Fürsorgebehörden in der Schweiz erwartet. Diese können auch Zwangsadoptionen und die Fremdplatzierung von Kindern aus dem Ausland, die zur späteren Adoption in die Schweiz eingereist sind, betreffen. Die Aufarbeitung der spezifischen Themen rund um internationale Adoptionen werden jedoch separat und zusätzlich erfolgen müssen. Mit dem Postulat 17.1481 «Licht ins Dunkel bringen. In den Achtzigerjahren wurden Kinder aus Sri Lanka in der Schweiz illegal adoptiert» erhielt der Bundesrat den Auftrag, zusammen mit den Kantonen die Praxis der privaten Vermittlungsstellen und der Behörden auf Kantons- und Bundesebene bezüglich der Adoptionen von Kindern aus Sri Lanka in den 1980er-Jahren zu untersuchen. Im Kanton St.Gallen ist derzeit eine Historikerin beauftragt, die Vermittlungstätigkeit der Adoptionsvermittlungsstelle des Vereins Kinderfürsorge Haus Seewarte Bollingen (Rapperswil-Jona) und Vorfälle im Zusammenhang mit Adoptionen aus Sri Lanka in den 1980er-Jahren aufzuarbeiten.

Die Betroffenen haben nach Art. 268d des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (SR 210) ein Recht auf Auskünfte zu ihrer Herkunft und unterstützende Beratung. Das Amt für Bürgerrecht und Zivilstand, das Amt für Soziales sowie das Staatsarchiv nehmen in diesem Bereich Aufgaben wahr. Aufgaben für die psychosoziale Beratung wurden auch an die Organisation PACH Pflege- und Adoptivkinder Schweiz übertragen.

6. Die Aufarbeitung und Publikation bzw. Vermittlung der Geschichte ist Grundlage für die Bewusstseinsbildung in der breiteren Bevölkerung. Die Aufarbeitung in Form von Publikationen oder auch Filmen wird immer wieder durch Lotteriefondsbeiträge finanziell unterstützt. Das Departement des Innern plant, bis Ende 2019 einen Gedenk Anlass für die Betroffenen durchzuführen. Geprüft wird im Weiteren, die Einrichtung einer kleinen Erinnerungsstätte in der Umgebung einer kantonalen Institution.

In Bezug auf die Schule liegt es grundsätzlich im Ermessen der Lehrperson, Schwerpunkte bei den Lerninhalten zu setzen:

- Im neuen Lehrplan Volksschule ist das Stichwort «Verdingkinder» nicht explizit enthalten. Die im Lehrplan aufgeführten Zielvorgaben können jedoch für die Lehrpersonen Ausgangspunkt sein, das Thema Verdingkinder aufzugreifen, etwa im Fachbereich «Mensch und Umwelt» das Richtziel «Wertvorstellungen klären».
- Auf der Oberstufe ist das Thema Kinderarbeit im Lehrplan obligatorischer Inhalt. Das Thema Verdingkinder kann auch im Rahmen der Kompetenz «Die Schülerinnen und Schüler können aus Gesprächen mit Zeitzeugen Erkenntnisse über die Vergangenheit gewinnen» aufgenommen werden. Im kantonal eingesetzten Lehrmittel «Zeitreise» ist dem Thema zudem ein Kapitel gewidmet.